

Editorial

Die Rede von der „Stimmungsdemokratie“ ist nicht neu. Wie rasch politische Stimmungen sich wandeln können, wie rasch Parteien in der Wählergunst auf- und absteigen können, hat die Geschichte der Wahlen in Ostdeutschland gezeigt. Hier haben bisher die Wähler stärker mit Alternativen experimentiert als in Westdeutschland. Dieser Trend hat nun auch die alten Bundesländer zumindest in den Umfragen erreicht. Mit großen Erwartungen befrachtet erreichte die FDP bei der Bundestagswahl 2009 ein Rekordergebnis. Ende 2010 wird die FDP am Rande der 5%-Marke gesehen, und Bündnis 90/Die Grünen sind die neuen Hoffnungsträger. Ähnliche Popularitätssprünge machen Personen, die in der Politik immer weniger für Programme und immer mehr für Sympathiewerte stehen. Die früher gerne zitierte „Politikverdrossenheit“ scheint sich zu einer „Euphorieschaukel“ zu entwickeln. Der Politikdiskurs im Internet ist hier durchaus stilbildend. Erwartungen an die Politik sind aber oft weit entfernt von möglichen Ergebnissen in der Politik. Ist deshalb der Weg zur Entscheidung wichtiger geworden als dessen Inhalt?

Heiner Geißler hat mit seinem Engagement als „Schlichter“ bei Stuttgart 21 einen Großversuch gestartet, der stark an die politikwissenschaftlichen Blaupausen für Instrumente deliberativer Demokratie erinnert. Kampagnenmäßige Aufmerksamkeit für Themen geht aber auch einher mit einer Flucht ins Private, vor allem bei Jugendlichen, die hier mehr Freiheitsräume sehen als im gesellschaftlichen Diskurs. Der Soziologe Oskar Negt hat im SPIEGEL-Interview (vom 9.8.2010) die These vertreten: „Demokratie muss gelernt werden – immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang.“ Wie dies geschehen soll, hat er auch gesagt: „Es mag ein bisschen verstaubt und anachronistisch klingen, aber ich sehe nur eine Möglichkeit: politische Bildung.“

Die neue Unübersichtlichkeit von Demokratievorstellungen hat inzwischen auch viel mit Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit zu tun und – ein weiteres Thema – mit der Entgrenzung von Nationalstaaten. In diesem Heft finden sich Themen der Europäisierung deutscher Politik sowohl im Hinblick auf den Konflikt Gericht der EU (früher EuGH) und Bundesverfassungsgericht als auch im Hinblick auf die europäische Gesellschaftsstruktur. Zwei Beiträge befassen sich mit der Politikformulierung auf europäischer Ebene. Diskutiert werden zum einen das Problem „wer spricht – von den vielen Beauftragten nach dem Lissabon-Vertrag – tatsächlich für die EU“ und zum anderen die Fallstricke der neuen europäischen Finanzarchitektur.

Schon vor Thilo Sarrazins Bestseller haben wir uns immer wieder intensiv um Fakten für die Integrationsdebatte bemüht. Der Beitrag von Jörg Rössel zum Thema „Ethnische Ungleichheit: Diskriminierung in der Einwanderergesellschaft oder Reproduktion der geschichteten Sozialstruktur?“ lenkt den Blick auf den hochinteressanten Forschungsstand der Soziologie zu Fragen der Gerechtigkeit in einer Einwanderergesellschaft.

Auch damit leistet das Heft einen Beitrag zu aktuellen Kontroversen. Wie immer überlassen wir es unseren Leserinnen und Lesern für sich selbst, wie wir hoffen, gewinnbringende Schlussfolgerungen zu ziehen. Denn das Ziel der politischen Bildung bleibt, um noch einmal Oskar Negt zu zitieren: „der mündige, aufgeklärte Bürger, der es wagt, sich seines Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen.“

Die Herausgeber